

sich dafür stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen.

Kritik an der rechtsextremistischen Regierung Israels hat **nichts mit Judenfeindlichkeit** zu tun und darf kein Anlass sein, Israel-Kritik zu sanktionieren und zu kriminalisieren.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.**

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen für

- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand, Aufhebung der Blockade von Gaza, Stopp der Siedler in Westjordanland**
- ▶ **die Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Anerkennung des Staates Palästina**
- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**
- ▶ **Aussetzung des Freihandelsabkommen EU-Israel**

www.eccpalestine.org/aussetzung-des-assoziierungsabkommens-eu-israel/

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen gilt **als absolute Verpflichtung:**

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, von Jüdinnen und Juden**

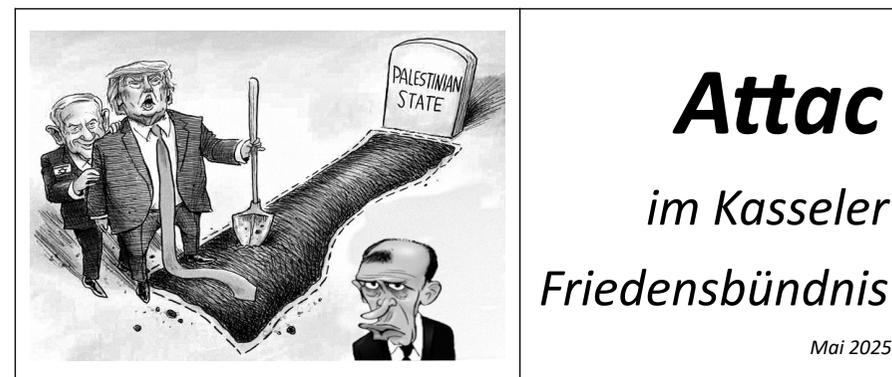
Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe Kassel / www.attac-netzwerk.de/kassel



Bei Palästina ist Deutschland das Völkerrecht egal

"Menschen auf der ganzen Welt haben auf Westeuropa und die USA geschaut, weil diese zumindest vorgaben, ein gewisses Maß an Achtung vor dem Völkerrecht zu haben. Wenn diese Länder offen gegen die Prinzipien verstoßen und das unterstützen, was respektable Organisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International und anerkannte Wissenschaftler wie Omar Bartov [israelischer Historiker] als Völkermord bezeichnen, dann ist das eine viel größere historische Zäsur als Putins Einmarsch in der Ukraine."

Pankaj Mishra, indischer Schriftsteller („Die Welt nach Gaza“), taz-Interview, 17.5.2025

Als Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober sind inzwischen in Gaza über **53.000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen **ungezählte und unzählbare** Opfer: verschüttet, verstümmelt, gestorben an der Verweigerung von Nahrung, Wasser, Medizin, an Krankheiten aufgrund von Vertreibung und dem Wegfall hygienischer Bedingungen. (Quellen: www.ochaopt.org/updates)

Krankenhäuser und Schulen wurden großteils zerstört, ebenso 90 Prozent der Wohnhäuser und 70 Prozent der Anbauflächen für Nahrungsmittel - „**Im Namen der Sicherheit Israels**“.

Mehr als 170 Journalist/-innen und Medienschaffende wurden seit Oktober 2023 im Gazastreifen getötet. (ZDF, 27.3.25)

Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat im Fall der Klage Südafrikas entschieden, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe**. Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Auch hat der **Internationale Gerichtshof** die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als klar völkerrechtswidrig** erklärt und – bekräftigt durch die UN-Vollversammlung - Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besetzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besetzung dienen.

Davon unbeeindruckt treibt die Netanjahu-Regierung den **Siedlungsbau** im Westjordanland massiv voran. Kriminelle Siedler eignen sich palästinensischen Grund und Boden immer brutaler gewaltsam an. Minister Smotrich ließ verkünden, man wolle noch in diesem Jahr „Souveränität“ über das Westjordanland ausüben und so die „**Gefahr**“ eines **palästinensischen Staates** beseitigen.

Immer deutlicher wird das Ziel: die Schaffung eines **Groß-Israels ohne Palästinenser** „**From the river to the sea**“ oder gar **von Bagdad bis Kairo**. Zu dieser Strategie gehört Bombardierung und teilweise Besetzung **Libanons**, Bombardierung **Syriens** und Besetzung der Golan-Höhen.

Die massive Bodenoffensive in Gaza, begleitet von schweren Luftangriffen, und die Totalblockade von Hilfslieferungen laufen darauf hinaus, das **Leben für die Menschen dort unmöglich** zu

machen. Die Armee hat zwei Drittel des abgeriegelten Küstengebiets zur Sperrzone erklärt; immer mehr Menschen werden in immer kleinere Reservate getrieben. Israel werde „**ganz Gaza einnehmen**“, erklärte Netanyahu. Die Siedler stehen Gewehr bei Fuß, den Gazastreifen zu übernehmen. **Endgültige Vertreibung** steht auf dem Programm: Die noch lebenden Palästinenser sollen zu „**freiwilliger Ausreise**“ bewegt werden. Doch wohin?

Trotz intensiver Bemühungen Israels und der USA mit Druck und Versprechungen Staaten wie Ägypten, Jordanien, Syrien, Sudan, Somaliland und Libyen zu einer Aufnahme der Palästinenser aus ‚humanitären Gründen‘ zu bewegen – bislang möchte kein Land Mittäter bei einer ethnischen Säuberung werden.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Die **bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands** ermuntert die israelische Regierung geradezu, Unterdrückung, Enteignung und Vernichtung der Palästinenser **fortzusetzen**.

Politisch, militärisch und rechtlich unterstützt Deutschland einen mutmaßlichen Völkermord und zeigt keine Bereitschaft, seine Waffenlieferungen zu stoppen sowie ein Ende der Besetzung zu verlangen.

Mit ihrem brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk und ihrer völligen Missachtung des Völkerrechts **isoliert sich** Israel innerhalb der Staatengemeinschaft immer mehr und gefährdet damit **auch** Jüdinnen und Juden weltweit.

Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist dringend geboten. Europa und die ganze Weltgemeinschaft muss